

BMIMI – IV/IVVS3 (Rechtsbereich Bundesstraßen)  
[ivvs3@bmimi.gv.at](mailto:ivvs3@bmimi.gv.at)

**Mag. Maximilian August Geschl**  
Sachbearbeiter:in

[maximilian.geschl@bmimi.gv.at](mailto:maximilian.geschl@bmimi.gv.at)  
+43 1 71162 652803  
Postanschrift: Postfach 201, 1000 Wien  
Büroanschrift: Radetzkystraße 2, 1030 Wien

E-Mail-Antworten sind bitte unter Anführung der  
Geschäftszahl an oben angeführte E-Mail-Adresse zu  
richten.

An  
lt. Begutachtungsverteiler extern

Geschäftszahl: 2025-0.808.211

Wien, am 9. Oktober 2025

## **Entwurf eines Bundesgesetzes mit dem das Bundesstraßengesetz 1971 geändert wird (BStG-Novelle 2025), Aussendung zur Begutachtung**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Bundesministerium für Innovation, Mobilität und Infrastruktur übermittelt in der Beilage den Entwurf eines Gesetzes mit dem das Bundesstraßengesetz 1971 geändert wird, samt Erläuterungen, Textgegenüberstellung, Vorblatt und WFA mit der Bitte um Stellungnahme bis

**24. Oktober 2025**

Es wird ersucht, Stellungnahmen per E-Mail an die Adresse [ivvs3@bmimi.gv.at](mailto:ivvs3@bmimi.gv.at) zu senden. Sollte bis zum oben angeführten Termin eine do. Stellungnahme nicht einlangen, darf angenommen werden, dass gegen den Entwurf keine Bedenken bestehen.

Die Aussendung dient gleichzeitig als Übermittlung im Sinne des Art. 1 der Vereinbarung zwischen dem Bunde, den Ländern und den Gemeinden über einen Konsultationsmechanismus und einen künftigen Stabilitätspakt der Gebietskörperschaften, BGBl. I Nr. 35/1999; Die Stellungnahmefrist im Sinne dieser Vereinbarung endet vier Wochen nach Zustellung. Es wird auf die Bestimmung des Art. 6 Abs. 1 Z 1 dieser Vereinbarung hingewiesen. Demnach sind rechtsetzende Maßnahmen in Umsetzung zwingender Vorschriften des Gemeinschaftsrechts vom Geltungsbereich der Vereinbarung ausgenommen. Über die verpflichtende Umsetzung solcher Vorschriften hinausgehende Maßnahmen unterliegen der Vereinbarung (Art. 6 Abs. 2).

Weiters wird ersucht, die allenfalls abgegebene Stellungnahme auch dem Präsidium des Nationalrates zu übermitteln, und zwar

GZ. 2025-0.808.211

- die Bundesministerien über die ELAK--Schnittstelle,
- alle anderen Stellen über die Internetseite  
<https://www.parlament.gv.at/PERK/BET/VPBEST/#AbgabeStellungnahme>

und dem Bundesministerium für Innovation, Mobilität und Infrastruktur hievon Mitteilung zu machen.

Beilagen:

- Gesetzesentwurf
- Erläuterungen
- Vorblatt und WFA
- Textgegenüberstellung

Für den Bundesminister:

Mag. Dr. Peter Walder-Wintersteiner,  
MBA